

WENN DAS EINSPAREN VON EMISSIONEN NICHT MEHR REICHT:

Eine ehrliche Debatte über das Leben im postindustriellen Zeitalter

DAVID RENKE

Schüler der Kölner Journalistenschule

Im Juni 2017 sterben in Portugal 65 Menschen, weil die Wälder brennen. Drei Jahre später verklagen sechs junge Portugies:innen den eigenen Staat und 32 weitere Staaten – auch Deutschland. Die Klagen sagen, die Brände seien durch den Klimawandel verursacht. Forscher:innen bestätigten ihren Vorwurf, dass der Klimawandel einen Einfluss auf die Entwicklungen im Juni 2017 gehabt habe. Die angeklagten Staaten hätten die Klimakrise verschärft und so zum Tod der Menschen beigetragen. Auch wenn hier ein Urteil noch aussteht – in Deutschland sorgte das Bundesverfassungsgericht im April dieses Jahres für eine wegweisende Entscheidung in der Klimapolitik: Ein „Weiter so“ der deutschen Regierung untersagten die Richter:innen in Karlsruhe. Laut dem Gericht reicht der Klimaschutzplan der Koalition nicht aus, um den Schutz jüngerer Generationen zu gewährleisten. Denn in Artikel 20a heißt es: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere.“

Das Gericht verleiht dem Klimaschutz nun also Verfassungsrang. Die Entscheidung ist historisch, darf aber nur ein erster Schritt einer neuen deutschen Klimapolitik sein.

„Die Klimakrise ist kein politisches Schönwetterthema mehr. Für die Bundestagswahl bedeutet das, dass nur gewinnen sollte, wer einen klaren Plan zur Bekämpfung der Klimakrise hat.“

Klar ist: Unser gegenwärtiger Lebenswandel wird den Klimawandel nicht stoppen. 2019 betrug das Restbudget unseres CO₂-Ausstoßes für dieses Jahrhundert 7,9 Giga-Tonnen. Ist das aufgebraucht, liegen die Auswirkungen des Klimawandels außerhalb eines Bereichs, den wir kontrollieren können. Jeder Einzelne stößt im Schnitt jährlich 7,9 Tonnen CO₂ aus. Machen wir also genauso weiter wie bisher, haben wir das Budget Ende der 2030er-Jahre aufgebraucht.

UNSER GEGENWÄRTIGER LEBENSWANDEL STOPPT DEN KLIMAWANDEL NICHT

Bisher hat die Bundesregierung versucht, diese Entwicklung mit marktwirtschaftlichen Instrumenten wie dem Emissionshandel in den Griff zu bekommen. Mittlerweile hat die Realität aber auch die Politik erreicht und eine umfassende Transformation des Wirtschaftens hat begonnen – auch mit Verboten: Verbot des Verbrennungsmotors in vielen Staaten der EU ab 2030, Verbot der Energiegewinnung durch Kohle, schärfere Regeln für die Verwendung von Heiz- und Schweröl in Deutschland. Daneben hofft die Politik, dass sich die Bürger:innen selbst darum kümmern, dass sie möglichst wenig CO₂ in die Atmosphäre pusten. Im Klartext heißt das: Verzicht. Verzicht auf Fleisch, Verzicht auf Mallorca-Urlaub, Verzicht auf den Lebenswandel, wie wir ihn seit Generationen kennen.

KANN DER STAAT NOCH DARAUF HOFFEN, DASS BÜRGER:INNEN VERZICHT ÜBEN?

Verständlicherweise ist der Fortschritt bei der Emissionseinsparung viel zu langsam und 2030 wird der Staat wahrscheinlich nicht mehr länger darauf hoffen können, dass die Bürger:innen die Appelle zum Verzicht befolgen werden. Doch was passiert, wenn die bisherige Strategie der Bundesrepublik nicht mehr ausreicht, um die grundlegenden Lebensbedingungen seiner Bürger:innen zu schützen? Hat der Staat dann das Recht individuelle Freiheiten stärker zu beschränken, damit er den Lebensraum seiner Bürger:innen schützt?

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Bevölkerung bereit ist, Freiheitsrechte für das höhere Gut Gesundheit einzuschränken. Seit fast einem Jahr regelt der Staat, welche Geschäfte geöffnet haben dürfen, wie viele Leute in einem Laden zusammenkommen können. Wir verzichten auf unsere Normalität, um gemeinsam eine Pandemie zu bekämpfen.

Uns muss allerdings klar sein, dass es beim Klimawandel nicht so einfach ist. Es geht nicht darum, ein Jahr lang Emissionen einzusparen, um den Klimawandel „auszurotten“. Die Erderwärmung ist untrennbar damit verbunden, wie wir in den vergangenen zwei Jahrhunderten gewirtschaftet und produziert haben. Der Wohlstand für alle mit Massenproduktion und Fabriken, die schädliche Gase in die Atmosphäre blasen, bringen die chemische Zusammensetzung der Atmosphäre ins Wanken. Es gibt keine Befristung für das Ende der Klimaschutzmaßnahmen.

DIE TRANSFORMATION ZU EINER EMISSIONSFREIEN WIRTSCHAFT DARF DEN WOHLSTAND NICHT AUS DEN AUGEN VERLIEREN

Das industrielle Zeitalter wird zu Ende gehen müssen. Aber anders als bei der Corona-Pandemie haben wir als Gesellschaft jedoch noch die Möglichkeit, die Diskussion jetzt zu führen und uns zu überlegen, wie unser Leben in der postindustriellen Gesellschaft aussehen wird.

Denn klar ist auch, dass die Transformation zu einer emissionsfreien Wirtschaft nicht bedeuten darf, dass der Wohlstand verloren geht. Genau deshalb ist Eile geboten. Die Voraussetzungen für eine emissionsfreie Wirtschaft sind in weiten Teilen vorhanden. Das kommende Jahrzehnt muss daher eines der Investitionen sein, um unser Wohlstandsniveau zu erhalten.

Die Klimakrise ist kein politisches Schönwetterthema mehr. Auch in der Dauerkrise der Pandemie bleibt für die Bürger:innen in Umfragen der Klimaschutz das zweitwichtigste Thema nach Corona. Für die Bundestagswahl bedeutet das, dass nur gewinnen sollte, wer einen klaren Plan zur Bekämpfung der Klimakrise hat. Dazu gehört auch, dass die Kanzlerkandidat:innen endlich klar aussprechen, was die sogenannte Transformation der Wirtschaft für unser Leben bedeutet.

WIR KÖNNEN UNS KEIN VERSAGEN BEI DER BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS LEISTEN

Die Regierenden müssen den Mut haben, den Bürger:innen ein wirksames juristisches Kontrollinstrument in die Hand zu geben. Ein Instrument, mit dem sie den Staat verpflichten können, seine selbstgesetzten Klimaziele zu erreichen. Auch sechs Jahre nach dem Pariser Abkommen gibt es kaum rechtliche Konsequenzen, wenn die Regierung zu langsam bei der Umsetzung ihrer Klimaziele ist.

Zu Beginn der Corona-Pandemie haben die Maßnahmen im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes verhindert, dass Deutschland hart vom Virus getroffen wurde. Die Welt staunte über die Bundesrepublik. Mittlerweile ist dieses Bild längst hinfällig. Ein ähnliches Versagen muss bei der Bekämpfung des Klimawandels verhindert werden.



IMPRESSUM

Alfred Herrhausen Gesellschaft

Mitglieder der Geschäftsführung: Dr. Anna Herrhausen und Daniela Kaiser

Unter den Linden 13-15

10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 3407 5559

Fax. +49 (0)30 3407 4209

E-Mail: info.ahg@db.com

Handelsregister: AG Charlottenburg, 116881B